

Positionen der Senioren-Union der CDU Baden-Württemberg zur Flüchtlings- und Asylpolitik

verabschiedet bei der Landestagung
der Senioren-Union Baden-Württemberg am 19. Oktober 2015

1. Politisch Verfolgte genießen Asyl. Die Senioren-Union will, dass dieser Verfassungsgrundsatz gem Art.16a Grundgesetz unangetastet bleibt.
2. Missbrauch des Asylrechts muss unterbunden werden.
Die Senioren-Union fordert, dass in sogenannten Transitzonen an den Grenzen Deutschlands Asylanträge unmittelbar und beschleunigt bearbeitet sowie entschieden werden.
Abgelehnte Asylbewerber sind umgehend konsequent, ohne Wenn und Aber zurückzuführen.
3. Die Senioren-Union begrüßt die vorgesehene Einstufung des Kosovo, von Albanien und Montenegro als sichere Herkunftsländer und schlägt vor, der Türkei ebenfalls diesen Rang zuzuweisen.
4. Die Senioren-Union fordert, finanzielle Anreize abzuschaffen und grundsätzlich nur Sachleistungen zu gewähren. Politisch Verfolgte sind dankbar dafür, für Wirtschaftsflüchtlinge entfällt die Verlockung.
5. Die Senioren-Union fordert die Rückkehr zur Einhaltung des Dublin-Abkommens und eine verbindliche Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Kein Mitgliedsstaat darf willkürlich die Aufnahme verweigern.
6. Staaten wie die Türkei, Jordanien und Libanon, die Millionen von Flüchtlingen aufgenommen haben, müssen ausreichend finanziell unterstützt werden. Wenn Flüchtlinge dort menschenwürdig untergebracht sind, werden sie nicht nach Europa kommen und können schneller wieder in ihr Land zurückkehren, wenn dort Frieden einkehrt.
7. Erst wenn ein Bleiberecht festgestellt ist, dürfen Flüchtlinge auf Landkreise, Städte und Gemeinden verteilt werden. Dabei müssen die Bundesländer gerecht berücksichtigt werden.

8. In der Bevölkerung steigen Befürchtungen, Ängste und Bedenken. Die Furcht vor Überfremdung muss ernst genommen werden. Deswegen muss sichergestellt werden, dass Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, sich an unser Grundgesetz und unsere Regeln halten. Frauenfeindlichkeit und -unterdrückung werden bei uns nicht geduldet, Scharia und Burka haben in Deutschland nichts zu suchen.
9. Wer als Asylbewerber ein Bleiberecht erhält, sollte sofort eine Arbeitserlaubnis bekommen und durch Sprachkurse und berufsbezogene Maßnahmen gefördert werden.
10. Steuererhöhungen und einen weiteren Solidaritätszuschlag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise lehnen wir ab. Sie sind nicht notwendig, wenn die von der Senioren-Union geforderten Maßnahmen ergriffen werden.

Der Senioren-Union ist bewusst, dass die Bewältigung der anstehenden Aufgaben nicht leicht sein wird.

Wir unterstützen die Politik von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtsminister Peter Altmaier für eine langfristige Lösung.

Wir in der Senioren-Union sind überzeugt: „Wir schaffen das!“